Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Walsing. Werth: Th. Barre. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 120 | Montag, den 30. April | Jahrgang 1928

Der Stettiner Fememordprozeß.

Der Stettiner Fememordprozeß wird wohl noch nicht der letzte sein, es stehen noch einige aus. Wahrscheinlich aber ist er der letzte, der die Oeffentlichkeit in größerem Umfange gefangen genommen haben dürfte. Die Stettiner Verhandlungen haben zum ersten Male das hier vorliegende Problem in vollen Umfange aufgerollt, und es sind Enthüllungen gemacht worden, die zum mindesten Schlüsse von höchster Wahrscheinlichkeit auf die letzten Triebkräfte und Motivierungen zulassen, die die furchtbaren Fememorde herbeiführen konnten. In dem Stettiner Mordprozeß sind die Offiziere der Roßbachleute mit den Offizieren des zuständigen Wehrkreiskommandos hart auf hart aufeinandergeraten, und nichts dient bekanntlich der Klärung einer Situation mehr, als wenn alte Kameraden, man kann auch sagen Kumpane, die an einer Ungesetzlichkeit beteiligt waren, plötzlich gegeneinander aufstehen und sich gegenseitig die Wahrheit sagen. Der verhandelte Mord liegt schon 8 Jahre zurück und fiel in die Wochen, da der Kapp-Putsch sein Fiasko erlebt hatte.

Das Stettiner Gericht hatte zunächst festzustellen, wie eigentlich der Mord geschehen sei und wer als unmittelbarer Täter in Frage komme. Diese Frage nach dem Tatbestand ist aber durch die Verteidigung sehr bald in den Hintergrund gedrängt worden und tagelang wurde nur verhandelt über das Thema, inwieweit Reichswehroffiziere nicht nur die moralische Mitverantwortung tragen, inwieweit sich die Mörder der Zustimmung von Reichswehrstellen sicher fühlen konnten. Daraus ergaben sich Fragen über den Grad der Zugehörigkeit der Organisation Roßbach, von der aus der Mord geschehen war, zur Reichswehr. Gerade diese Seite der Fememordseuche ist eingehend behandelt worden, wobei die Aussagen Roßbachs und einiger seiner Genossen sich in harten Gegensatz zu den Erklärungen des Generals von Pawelsz stellten, der damals Chef des Stabes in Stettin war. Das Hin und Wider der gegenseitigen Erklärungen ist aber noch sehr widerspruchsvoll geblieben und ebenso die weitere Frage, welchen Zweck die mit Hilfe des Landbundes damals eingerichteten Soldatenorganisationen überhaupt gehabt haben. Der Landbundführer von Bodungen sprach von einer offiziellen Weisung des Generals von Pawelsz, Waffenlager geheim zu halten und Verräter beiseite zu schaffen. Er sprach ferner von einer Ankündigung des Generals von Pawelsz, daß eine Mobilmachung gegen Polen unmittelbar bevorstehe, Aussagen, die von Pawelsz selbst aufs energischste bestritten wurden. Er setzte diesen Erklärungen vielmehr die Enthüllung entgegen, daß die Roßbacher damals weniger an eine Verteidigung gegen Polen gedacht hätten, als vielmehr an Operationen gegen innerdeutsche politische Gegner und an die Verhaftung und Beseitigung von Widersachern gegen diese Vorbereitungen.

Wie gesagt, sind die Verhältnisse der Roßbachleute zur Reichswehr in der damaligen Zeit noch nicht völlig geklärt und werden wohl auch nie ganz geklärt werden können. Man kann aber wohl annehmen, daß, wenn damals auch kein offizielles Zusammenarbeiten bestand, man doch inoffiziell sehr miteinander zu tun hatte und daß die Niederschlagung des Kapp-Putsches damals noch lange nicht alle Hoffnungen, sowohl bei den Landsknechtführern wie auch bei gewissen Reichswehroffizieren vernichtet hatte, bei einer neuen Gelegenheit mit besser vorbereiteten Mitteln gegen Berlin loszumarschieren. Die Sicherung gegen Polen war dabei nur ein Vorwand, wenn auch vielleicht richtig sein mag, was der Oberpräsident in Stettin als Zeuge aussagte, daß es immer Leute geben würde, die nur dann einen Lebenszweck in sich fühlten, wenn sie sich gegen vermeintliche Kriegsgefahren rüsten könnten.

Um die Täter zu entlasten, hat die Verteidigung auf die Kämpfe in Oberschlesien angespielt, wo auch „Fememorde" vorgekommen seien. Ein Vergleich mit Oberschlesien ist auch schon deshalb garnicht am Platze, weil man es hier mit wiederholten Aufständen der polnischen Bevölkerung zu tun hatte, die von mannigfachen Greueltaten begleitet waren, weil dort in aller Form Kriegszustand herrschte und die offizielle Gerichtsbarkeit ruhte. Allerdings war auch dort der Abwehrschutz von der Reichswehr organisiert. Der frühere Ministerialdirektor Dr. Spiecker, der die Abwehr gegen die Polenaufstände damals politisch zu leiten hatte, hat die besonderen oberschlesischen Verhältnisse als Zeuge so klar gestellt, daß diese Vorgänge, die in den letzten Wochen Motiv zu mannigfachen Pressehetzereien auch gegen Dr. Spiecker selbst geworden sind, wohl nunmehr aus der Diskussion verschwinden werden. Neuerdings hat aber der Küstriner Putschmajor Buchrucker die Fälle von Selbstjustiz im oberschlesischen Selbstschutz wieder heranholen wollen, um die Fememorde im Stettiner Gebiet verständlich zu machen. Er hat aber dabei vergessen, daß der dem Stettiner Gericht jetzt vorliegende Fall Schmidt den Abwehrkämpfen in Oberschlesien mindestens ein Jahr vorausliegt. Auf die Enthüllungen Buchruckers im einzelnen einzugehen, — sie belasten den früheren Reichswehrminister Dr. Geßler außerordentlich — ist hier nicht der Platz. Wir behalten uns aber vor, darauf zurückzukommen.

Die sozialdemokratische „Münchener Post" hat eine Zusammenstellung der Verurteilungen versucht, die in den verschiedenen Fememordprozessen, die bereits bisher stattgefunden haben, erfolgt sind. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in den bisherigen fünf Prozessen 25 Verurteilungen erfolgt seien. Der übergroße Teil der Verurteilten befinde sich, teilweise nach Begnadigung von der Todesstrafe, in Zuchthäusern, ein geringerer Teil in Gefängnissen. Der jetzt noch laufende Stettiner Prozeß ist dabei noch nicht mitberücksichtigt. (Siehe auch 2. Seite.)

Der zweite Wahlgang in Frankreich.

Die ersten Ergebnisse.

Zunächst starke Erfolge der Rechten und der elsaß-lothringischen Autonomisten.

Paris, 29. April. Bis 9,30 Uhr abends sind 27 Wahlergebnisse bekannt, nämlich 5 Rechtsrepublikaner (Marin), 5 Linksrepublikaner, 2 Rechtsradikale (Loucheur), 5 Radikale, 2 Sozialrepublikaner (Painlevé), 5 Sozialisten, 1 Kommunist, 2 Autonomisten. Gewählt sind Kriegsminister Painlevé, der Abgeordnete Montigny, die Elsässer Peirotes, Frey und der Sozialist Grumbach, die beiden Autonomisten Dr. Ricklin, dieser mit 7740 Stimmen, und Brogly in Mühlhausen mit 10 074 Stimmen. Unterlegen sind der Kommunist Huber im Wahlkreis Straßburg-Land und der Sozialist Weill in Straßburg.

÷ **Paris**, 29. April. Um 10 Uhr abends waren 104 Wahlergebnisse bekannt. Es wurden gewählt: 33 Rechtsrepublikaner (Marin), 16 Linksrepublikaner, 7 Rechtsradikale (Loucheur), 12 Radikale, 8 Sozialrepublikaner (Painleve), 18 Sozialisten, 10 Autonomisten. Der Sozialist Leon Blum wurde von dem Kommunisten Duclos geschlagen.

:: **Paris**, 29. April. Bis 11 Uhr abends wurden gewählt: 45 Rechtsrepublikaner (worunter die Agentur Havas auch die Autonomisten rechnet), 23 Linksrepublikaner, (wobei 15 Rechtsradikale (Locheur), 23 Radikale, 19 Sozialrepublikaner (Painlevé), 13 Kommunisten, 32 Sozialisten. Im Elsaß wurden ferner gewählt der Autonomist Rosset und der Autonomist Dahlet.

★

Die ersten französischen Wahlergebnisse, die bekannt werden, scheinen den Eindruck vom Sonntag vor acht Tagen zu bestätigen, wonach die Rechte verstärkt in die Kammer zurückkehren würde. Doch tut man gut, im Urteil zurückhaltend zu sein, da erst nur ein Bruchteil der Ergebnisse bekannt ist. Der zweite Wahlgang hat in 425 Wahlbezirken stattfinden müssen, nachdem der erste Wahlgang in 187 Bezirken ein endgültiges Resultat gezeitigt hatte. Es standen 286 Abgeordnete zur Stichwahl. 38 Abgeordnete sind freiwillig von der Kandidatur zurückgetreten, nachdem sie im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erzielt hatten. Unter ihnen befinden sich einige, die Ministerposten und Staatssekretariate inne hatten, und die im parlamentarischen Leben eine gewisse Rolle spielten, so außer dem Arbeitsminister Fallieres die früheren Minister Colrat, Chauvin, Levasseur, Abrami sowie der elsässische Abgeordnete Scheer, der frühere Abgeordnete Pierre Dupuy, Besitzer des „Petit Parisien", und der radikale Abgeordnete Albert Milhaud.

Die in den obigen Meldungen mitgeteilten Ergebnisse zeigen, daß die elsaß-lothringischen Autonomisten die Wahlschlacht erfolgreich bestanden haben. Bemerkenswert ist ferner, daß Leon Blum, einer der Führer der französischen Sozialisten, von einem Kommunisten besiegt worden ist.

Die „Bremen"-Flieger in New-York.

Die Abfahrt von Washington.

× **Washington**, 28. April. Nach dem Eintreffen der Nachricht, daß der Flieger Balchen die Abholung der „Bremen"-Flieger im Flugzeug nach Newyork infolge des überaus ungünstigen Wetters aufgeben mußte, entschlossen sich Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice, da auch die Benutzung des ihnen zur Verfügung gestellten Armeeflugzeuges angesichts des Sturmes unratsam erschien, die Fahrt nach Newyork mit der Eisenbahn anzutreten. Sie fuhren um 1 Uhr mit dem Pennsylvania-Expreß, dem ein Sonderwagen angehängt war. Botschafter von Prittwitz wird den „Bremen"-Fliegern, die heute früh noch dem Grab Lloyd Bennets einen Besuch abstatteten, in den nächsten Tagen folgen, um an dem für sie vorgesehenen Festbankett in Newyork am Dienstag abend teilzunehmen; in seiner Begleitung werden die Flieger anschließend voraussichtlich nach Washington zurückkehren, um die offizielle Begrüßung durch die Regierung der Vereinigten Staaten entgegenzunehmen, die nächsten Mittwoch erfolgen soll.

Die ersten drei Seiten aller hier erscheinenden Zeitungen sind voll von Bildern und langen Berichten über die „Bremen" und ihre Besatzung. Die Bewunderung für die „Bremen"-Flieger, die hier allgemein einen vorzüglichen Eindruck machten, ist rückhaltlos. Der übereinstimmenden Wertung der Tatsache, daß sie den bisher für unmöglich gehaltenen Ost-Westflug über den tückischen Atlantik bezwangen, gibt auch die Resolution des Heeresausschusses des Repräsentantenhauses Ausdruck, die die inzwischen von beiden Häusern des Kongresses gebilligte Verleihung des Fliegerkreuzes an sie mit der Begründung empfahl, daß der Flug der „Bremen" eines der hervorragendsten Ereignisse in der Weltgeschichte und ein außerordentlicher Beitrag zur Förderung der Luftschiffahrt sei.

★

Begeisterter Empfang in New-York.

New York, 28. April. Fahrplanmäßig kurz nach sechs Uhr trafen die Ozeanflieger Köhl, von Hünefeld und Fitzmaurice mit dem Washingtoner Expreßzug in New York ein. Zu ihrem Empfang hatte sich das ganze offizielle New York auf dem Bahnhof eingefunden. Bürgermeister Walker schritt auf die Flieger, die dem Zug entstiegen, zu und richtete an sie, ihnen herzlich die Hände schüttelnd, Worte des Willkommens. Diese gingen, selbst für die nächste Umgebung des Bürgermeisters, in den sich immer wiederholenden Hochrufen der Empfangsgäste und der Menge draußen vor dem Bahnhof verloren. Besonders herzlich war die Begrüßung zwischen den gefeierten Fliegern und ihren Kameraden Balchen, Chamberlin und Schiller, die auch zum Empfang auf dem Bahnhof erschienen waren.

Durch die fahnengeschmückten Straßen, die von dichten Menschenmassen umsäumt waren, wurden die Flieger in Automobilen zu ihrem Hotel, dem Ritz Carlton-Hotel, gebracht. Die Automobile mußten wiederholt halten, da die begeisterte Menschenmenge die Polizeiketten durchbrochen und sich den Automobilen in den Weg gestellt hatte.

Im Ritz Carlton-Hotel steht schon seit langem eine Zimmerflucht für die Flieger bereit. Der Sonntag ist dem Ausruhen gewidmet. Am Abend werden die Flieger inkognito der Jahresfeier des Lambsklubs beiwohnen, die dieser führende amerikanische Schauspielerklub im Metropolitan-Opera House veranstaltet. Ob allerdings dieses Programm beim Einschalten der Ruhepause mit der Begeisterung der New Yorker Bevölkerung genügend gerechnet hat, die von der Ankunft der Transozeanflieger wie elektrisiert ist, bleibt abzuwarten.

Nach ihrer Ankunft im Hotel sprachen die „Bremen"-Flieger, von Chamberlin dem Radiopublikum vorgestellt, in ein dort aufgestelltes Mikrophon. Auch Bürgermeister Walker, Konsul Heuser und andere hielten Ansprachen. Es folgten weitere Blitzlichtaufnahmen, dann Interviews zahlreicher Reporter. Köhl erklärte u. a.: „Wir senden Sachverständige nach Labrador, die den Motor der „Bremen" untersuchen sollen. Falls das Flugzeug flugtüchtig ist, gedenken wir in etwa 10 Tagen mit der „Bremen" hierher zurückzufliegen, um dann die Möglichkeit des Rückfluges nach Deutschland zu erwägen. Auf Grund der Erfahrungen des „Bremen"-Fluges werden an der „Bremen" verschiedene technische Neuerungen vorgenommen werden, u. a. die Anbringung eines Funkapparates.

★

Die Rundfunkansprache der Flieger.

◆ **München**, 29. April. Die Hörer der Deutschen Stunde in Bayern hatten Gelegenheit, den Empfang der Ozeanflieger vor dem Ritz Carlton Hotel in Newyork in seinem Hauptteil mitzuerleben und auch die Flieger selbst und den Bürgermeister von Newyork Walker sprechen zu hören. Jedes Wort Walkers und der deutschen Flieger konnte deutlich verstanden werden. Bürgermeister Walker gab seiner Freude Ausdruck über die glückliche Ankunft der Flieger und sagte dabei, jetzt, wo er die Ozeanflieger vor sich sehe, sei es ihm klar, daß ihnen der Flug gelingen mußte. Dann trat Herr von Hünefeld an das Mikrophon, der unter dem stürmischen Beifall der Menge die Grüße Deutschlands überbringt und der glücklichen Freude Ausdruck gibt, daß der Ozeanflug gelang. Schließlich hörte man laut und deutlich Hauptmann Köhl, der in deutscher Sprache seiner hohen Freude über die sportliche Begeisterung der Amerikaner über „diese kleine Reise über den Ozean" Ausdruck gab und seinen Dank für den begeisterten und herzlichen Empfang mit dem Wunsche schloß, daß bald ein Luftverkehr über den Ozean bestehen werde. Als letzter der Flieger spricht noch Fitzmaurice, der in launigen Worten, wie Hünefeld in englischer Sprache, den Flug von der grünen Insel (Irland) nach Greenly Island, der grünlichen Insel, kurz schildert und ebenfalls herzlich für den begeisterten Empfang dankt. Mit Ansprachen amerikanischer Persönlichkeiten, die ebenfalls die Bezwingung des Ozeans durch die deutschen Flieger und ihre Gefährten ausdrückten, endete die Uebertragung.

★

Das Sturmwetter in New-York.

New York, 28. April. Der starke Sturm, der, verbunden mit schweren Regengüssen, während der vergangenen Nacht und des ganzen heutigen Tages an der ganzen atlantischen Küste der Vereinigten Staaten herrschte, hat verschiedene Menschenleben gefordert. So ertranken auf dem Hudson drei Leute, die mit der Bewachung eines dort verankerten Flußdampfers betraut waren. Im New Yorker Hafen wurden von einer Fähre, die nach Staten Island unterwegs war, verschiedene Passagiere über Bord gespült, wobei, soweit es sich übersehen läßt, mindestens eine Person ertrunken ist, während es nur mit größter Mühe gelang, die anderen zu retten. Man rechnet damit, daß auch an anderen Stellen Todesfälle vorgekommen sind. Vom Süden werden heftige Schneefälle berichtet, durch die sämtliche Verkehrsmittel lahmgelegt worden sind.

★

Die „Bremen" kommt ins Museum.

◇ **Newyork**, 28. April. Köhl und Freiherr von Hünefeld werden entgegen Mitteilungen der amerikanischen Presse nicht mit der „Bremen" zurückfliegen, sondern vermutlich am 21. Mai mit dem „Columbus" im Bremer Hafen eintreffen. Ob die „Bremen" nach Deutschland zurückgebracht wird, steht noch nicht fest, da, wie verlautet, amerikanische Kreise zur Erinnerung an die Ozeanüberquerung von Europa nach Amerika die „Bremen" erwerben und in einem Museum unterbringen wollen. In den nächsten Tagen wird sich in Berlin ein Ausschuß bilden, der über die Feierlichkeiten zu Ehren der deutschen Ozeanflieger seine Entscheidungen treffen soll.

Die Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Das vorläufige Ergebnis:

:: **Bückeburg**, 29. April. Die heutigen Wahlen zum Schaumburg-Lippischen Landtag, die einen ungestörten Verlauf nahmen, zeitigten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 12 275 Stimmen, Handwerkerbund 1797 Stimmen, Demokraten 1993, Deutsche Volkspartei 4132, Kommunisten 928, Deutschnationale Volkspartei und Landbund zusammen 4141, Nationaler Block 1690 Stimmen.

★

Schaumburg-Lippe ist das kleinste deutsche Land mit der Einwohnerzahl einer mittleren deutschen Stadt. Den dort am gestrigen Sonntag getätigten Wahlen kann daher als Stimmungsbarometer für die am 20. Mai stattfindenden Reichstagswahlen keine Bedeutung zugemessen werden, zumal die Schwerindustrie dort ganz und das Zentrum in dem fast ganz evangelischen Lande ebenfalls völlig fehlt.

Die Landtagswahlen im Jahre 1925 hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 12 096, D.N.V.P. und D.V.P. (Einheitsliste) 9222, Handwerker 2228, Demokraten 1940, Kommunisten 553, unpart. christl. Liste, v. Seiten d. Abstinenten aufgestellt, 661. Vergleicht man diese Ziffern mit denen der obigen Meldung, so zeigt sich, daß sowohl die Rechte wie die Linke an Stimmenzahl gewonnen haben. Mit Verlust haben lediglich die Handwerker abgeschlossen, da man in diesen Kreisen offenbar erkannt hat, daß von berufsständischen Kandidaten nichts zu erwarten ist. Die Warnung der Reichsorganisation des deutschen Handwerks vor der Bildung von Handwerkerparteien hat wenigstens einen Teil der Handwerker veranlaßt, dieser Warnung bei ihrer Stimmabgabe zu entsprechen. Bedenklich erscheint die starke Zunahme der kommunistischen Stimmen.

Der schaumburg-lippische Landtag hat 15 Abgeordnete. Davon waren bisher acht Vertreter bürgerlicher Parteien und sieben Sozialdemokraten. Es scheint, daß auch im neuen Landtag dies Parteienverhältnis keine Aenderung erfahren wird.

Stresemann in Iserlohn.

× **Iserlohn**, 29. April. Unter großer Beteiligung hielt gestern und heute hier die Deutsche Volkspartei Westfalen-Süd ihren Parteitag ab. Dem Vertretertag am Sonntag ging am Sonnabend eine Sitzung des Hauptvorstandes voraus, in der u. a. Bergwerksdirektor Brandi-Dortmund über die wirtschaftspolitische Lage Ausführungen machte. Auf dem Vertretertag am Sonntag sprachen der Spitzenkandidat Winnefeld über die nationalen und sozialen Aufgaben der Deutschen Volkspartei, der Reichstagskandidat Bergassessor Hueck-Gelsenkirchen über die Lage unserer Wirtschaft, der Reichstagskandidat Feuerbaum-Dortmund über das Mittelstandsprogramm der Deutschen Volkspartei, die Vorsitzende des Frauenausschusses Frau

Adams-Hörde über das Treueverhältnis der Frau zur Deutschen Volkspartei sowie Studienrat Wagner über Jugend und Deutsche Volkspartei. Den Schluß bildete eine große Rede des früheren Ministers Boelitz über die politische Lage. Er betonte, bis zur Verwirklichung des Einheitsstaates habe Preußen noch seine Aufgabe zu erfüllen. Die Basis in der preußischen Regierung müsse im neuen Kabinett breiter als im alten sein.

Vor Tausenden sprach dann am Abend in einer großen Kundgebung Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Er erklärte u. a., daß man an eine Sache glauben müsse, um sie durchführen zu können. Erst aus Rückschlägen lernen wir Widerstände überwinden. Die Achtung vor Deutschland wächst im Auslande. Wir sind wieder zu den alten deutschen Grundsätzen: Ruhe, Ordnung, Disziplin, Sparsamkeit, Pflichtgefühl zurückgekehrt. Als große Macht ist uns nichts geblieben als die Wirtschaft. Wir müssen uns daher hüten, diese tragende Säule zu erschüttern. Wir können uns den Auslandsmarkt nur öffnen, wenn wir uns gegen das Ausland nicht absperren. Es ist ein Fehler, sich einer dumpfen Resignation hinzugeben. Eine neue Staatsform wird dann in der Welt etwas gelten, wenn sie bereit ist, auch das Große in der Vergangenheit anzuerkennen. Wir müssen im übrigen den Verstand sprechen lassen, das ist besser, als wenn man glaubt, Großes zu tun, wenn man Großes sagt. Wir müssen vor allem die Synthese zwischen dem alten und dem neuen Reiche finden. Erfolge in der Nachkriegszeit könnten nur durch Einigkeit errungen werden. Nationale Arbeit ist nicht Mundheldentum, sondern Arbeit am Aufbau des deutschen Volkes. Im Völkerbund können wir unseren Einfluß stärker einsetzen, wenn wir in ihm arbeiten. In übrigen kann man mit den anderen Völkern keine Politik gemacht haben, wenn man nicht mit ihnen verkehrt."

Die Ausführungen des Außenministers lösten in der Riesenversammlung stürmischen Beifall aus. Damit hatte der Parteitag sein Ende gefunden.

Beamtenschaft und Reichstagswahl.

Die Beamtenfragen haben noch bei allen Wahlen eine besondere Rolle gespielt, diesmal scheint dies besonders der Fall zu sein. Auf dem Lande hetzen die Redner des Landbundes in unglaublicher Weise gegen die Beamten und das Zentrum auf. Das Zentrum, besonders Dr. Köhler, habe den Beamten zuviel gegeben und darum müßten die Bauern hohe Steuern zahlen. In den Städten gehen die Deutschnationalen den Beamten um den Bart und versprechen ihnen alles Mögliche. Genau so macht es die Wirtschaftspartei. In den Mittelstandsversammlungen geht es mitunter toll gegen die Beamten. Im Haushaltsausschuß des Reichstages hat der Wirtschaftsparteiler Lucke, ein Beamter und Hausbesitzer, beantragt, die Gehälter noch mehr zu erhöhen, als es Dr. Köhler wollte, während sein Fraktionsgenosse Eisenberger im gleichen Ausschuß gegen die Besoldungserhöhung stimmte.

Noch toller treibt es z. Zt. die Sozialdemokratie, vor allem der Beamtenabgeordnete Steinkopf. Dieser hat mit seiner Partei seinerzeit gegen die Tariferhöhung bei der Post gestimmt, obwohl er wußte, daß die Besoldungserhöhung bevorstand. Nachdem er das Geld für die Besoldungsreform mit seinen Parteifreunden verweigert hatte, das von den Regierungsparteien bewilligt wurde, wollte er noch größere Ausgaben bewilligen, als Mittel zur Verfügung standen. Und weil ihm das nicht gelang, redet er vom Verrat des Zentrums an den Beamten. Und als es einen Tag vor der Auflösung des Reichstags zur Abstimmung kam, lehnte er mit seiner Fraktion den Reichsetat ab, in dem 792 Millionen Mark für die Besoldung der Beamten ausgesetzt sind. Und was hatten Steinkopf und seine Freunde für eine Erklärung für diese Ablehnung? Die Ausgabeposten im Etat seien zu groß. Im Wahlkampf behauptet er nun, man hätte den Beamten zu wenig Beförderungsstellen bewilligt.

Als vierte im Bunde darf die Deutsche Volkspartei nicht fehlen. Die Volkspartei verbreitet in den oberen Beamtenkreisen, daß das Zentrum den oberen Beamten zu wenig gegeben hätte, während der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten in den sozialistischen Zeitungen in Baden dieser Tage die Behauptung aufstellt, Köhler habe eine unsoziale Reform gemacht, weil er den unteren Beamten zu wenig gegeben habe.

Es ist verständlich, wenn große Teile der Beamtenschaft sich von diesem wahlagitatorischen Treiben gewisser Kreise bewußt abwenden. Von rechts und links angegriffen, haben die sich bewußt zum Zentrum bekennenden Beamtenkreise mitunter einen schweren Kampf. Wie unwahr die Darstellung der Parteien von rechts und links ist, geht daraus hervor, daß von 493 Abgeordneten 68 zur Zentrumspartei gehören. Die anderen Parteien haben eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage und hätten ihre Versprechungen alle durchführen können, die sie den Beamten gemacht hatten, da sie ja die große Mehrheit hatten. Das wollten sie aber gar nicht. Und darin kommt das Unwahrhaftige ihrer jetzigen Wahlagitation zum Ausdruck.

Die Nummernfolge der Wahlvorschläge.

)(**Berlin,** 28. April. Für die Reichswahlvorschläge der bisher im Reichstag vertretenen Parteien ist folgende Nummernfolge für die Reichstagswahl festgesetzt worden:

1 = Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2 = Deutschnationale Volkspartei,
3 = Zentrum,
4 = Deutsche Volkspartei,
5 = Kommunistische Partei,
6 = Deutsche Demokratische Partei,
7 = Bayerische Volkspartei,
8 = Linke Kommunisten,
9 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
10 = National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
11 = Deutsche Bauernpartei,
12 = Völkisch-Nationaler Block,
13 = Deutsch-Hannoversche Partei,
14 = Landbund,
15 = Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei,
16 = Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung).

Die Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag dieser Parteien angeschlossen werden, erhalten die Nummer ihres Reichswahlvorschlages. Mit dieser Nummer und in dieser Reihenfolge werden die Kreiswahlvorschläge auch auf dem Stimmzettel aufgeführt. Wird von einer der vorstehend aufgeführten Parteien in einem Wahlkreise ein Kreiswahlvorschlag nicht eingereicht, so fällt die Nummer auf dem Stimmzettel aus. Für Kreiswahlvorschläge von Parteien, die bisher im Reichstag nicht vertreten waren, stehen die Nummern von 17 an zur Verfügung.

*

Graf Bernstorff lehnt Wiederwahl in den Reichstag ab.

:: **Berlin,** 28. April. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat heute im Reichstag zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch-Weser zusammen, in der über die endgültige Aufstellung der Reichsliste und der Landesliste Beschluß gefaßt wurde. Mit großem Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß Graf Bernstorff Wert darauf legt, in Zukunft sich ausschließlich seinen außenpolitischen Arbeiten zu widmen. Graf Bernstorff wurde einstimmig in den Vorstand der Partei gewählt.

Der Evangelische Bund gegen die Splitterparteien.

Der Evangelische Bund ist zwar, wie es in seinem Programm heißt, „kein politischer Verein"; sein Präsidium fühlt sich jedoch veranlaßt, zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen auch eine Erklärung an seine Mitglieder abzugeben. Es versteht sich von selbst, daß in dem Aufruf die Wahlpflicht aus „deutsch-evangelischer Gesinnung" heraus gefordert wird, welche die Verpflichtung zu einer gewissenhaften Prüfung auferlegt, ob die Zugehörigkeit zu der Partei, die man wählt, mit einer klaren Vertretung deutscher und evangelischer Gesichtspunkte vereinbar sei. Von größerer Bedeutung ist jedoch, daß sich die Erklärung ganz energisch gegen die Splitterparteien wendet, indem sie betont, die großen Fragen, die in der nächsten Parlamentsperiode hauptsächlich auf dem Gebiete der Weltanschauung zur Debatte stünden, könnten nur von großen Parteien behandelt und entschieden werden. Wörtlich heißt es dann weiter „Splittergruppen, die nicht einmal die zur Bildung einer eigenen Fraktion erforderlichen Mindestzahl von Abgeordneten in die Parlamente hineinzubringen Aussicht haben, können nirgends irgendwie Entscheidendes erreichen. Ihre bunte, meist nur zu Wahlzwecken und zur Wahlzeit erfolgte Zusammenfügung birgt, wie die Erfahrung lehrt, die ernste Gefahr baldigen Wiederauseinanderfallens in sich. Ihre Bildung führt mit Sicherheit zu einer bedenklichen Schwächung der maßgebenden Parteien und zu einem verhängnisvollen Kampf aller gegen alle. Bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 gingen im ganzen auf diese Weise rund 850 000 Stimmen ungewertet verloren. Mögen deshalb Splitterparteien, welcher Art auch immer, mit noch so verlockenden Aufrufen und Programmen auf den Plan treten: Der deutsch-evangelische Wähler wird und muß ihnen gegenüber ruhigste Ueberlegung und weitestschauende Vorsicht walten lassen."

In erster Linie soll mit dieser Verurteilung der Splitterparteien offenbar die „Reformationspartei" getroffen werden, welche von dem früheren ersten Vorsitzenden des Evangelischen Bundes, dem bekannten Hofprediger Doehring, vor einiger Zeit ins Leben gerufen worden ist. Darüber hinaus sollte die Kritik an den Splitterparteien aber auch von allen anderen Wählern beachtet werden, die etwa die Absicht haben, aus irgendeiner Verärgerung heraus den großen Parteien den Rücken zu kehren. Bei den kleinen unansehnlichen politischen Grüppchen liegt nicht das Heil der Zukunft, sondern nur die großen Parteien werden mit ihren parlamentarischen Vertretungen zum Wohle des gesamten Volkes wirken können.

75. Geburtstag des Geheimrats Dr. Porsch.

Am heutigen Montag vollendet der Vizepräsident des Preußischen Landtags, Geheimrat und Päpstlicher Geheimkämmerer, Dr. jur. und Dr. theol. h. c. Felix Porsch das 75. Lebensjahr. Am 27. März d. J. waren 25 Jahre vergangen, seitdem er Vizepräsident des Landtags war. Bei dieser Gelegenheit ist hier der Persönlichkeit und der Verdienste des nunmehr Fünfundsiebzigjährigen in ausführlicher Darstellung gedacht worden. Wir können uns daher heute darauf beschränken, die Glückwünsche zu wiederholen, die wir vor einem Monat dem bewährten Zentrumsführer zum Ausdruck gebracht haben.

Geheimrat Porsch steht auch jetzt wieder an der Spitze der schlesischen Zentrumsliste für den Landtag.

Mussolini hetzt Deutschland gegen Polen auf.

-!- **Berlin,** 28. April. „Der Tag" bringt heute abend eine Unterredung seines römischen Korrespondenten mit Mussolini, die sich von den üblichen Interviews durch ihren Freimut ganz bedeutend unterscheidet. Auf die Frage des Korrespondenten, ob nicht zwischen Italien und Deutschland auch ein so freundschaftliches Verhältnis bestehen könnte wie zwischen Italien und Ungarn, erwiderte der Ministerpräsident, daß dies lediglich von Deutschland abhänge. Dabei kam die Südtiroler Frage naturgemäß zur Sprache. Mussolini behauptete, daß in Südtirol keineswegs die deutsche Umgangssprache ausgerottet sei; die deutschen Schulen und das Erscheinen von deutschen Zeitungen bewiesen das (?). Bei einem loyalen Verhalten der Südtiroler könnten diese alles bei ihm erreichen, was sie wollten (?). Die Verständigung würde aber durch die fortgesetzten falschen Alarmmeldungen, die von Innsbruck ausgingen, erschwert werden (!) Zu der Frage des Korrespondenten, wie Deutschland aus seiner unerträglichen Lage herauskommen könnte, um auch wieder bündnisfähig zu werden, nahm Mussolini offen Stellung. Er sagte, für ihn wäre eine Landkarte wie die deutsche auf jeden Fall unerträglich. Der Duce wies dabei auf das gleichfalls verstümmelte und entwaffnete, aber mutige Ungarn hin. In Deutschland scheine man über die vielen Millionen von Deutschen, die unter der Fremdherrschaft leben, und über andere für Deutschland traurige Dinge hinwegzugehen. Man spreche nur immer von den 200 000 Südtirolern. Bismarck würde solche Gefühlspolitik nicht getrieben haben. Nichts anderes trenne Italien von Deutschland.

★

Wenn Deutschland nach Mussolinis Rezept verführe und seine für jeden Deutschen gewiß unerträgliche Landkarte zu revidieren begänne, was natürlich nur durch einen Krieg mit Polen möglich wäre, würde es sich regelrecht in die Brennesseln setzen. Denn ganz ohne Zweifel würde sofort Frankreich seine Truppen über den Rhein marschieren lassen. Die deutsche Grenze im Osten kann natürlich unmöglich so bleiben, wie sie jetzt ist. Der polnische Korridor muß verschwinden. Aber dafür heißt es: Kommt Zeit, kommt Rat. Dem „Tag" des Geheimrats Hugenberg gefallen natürlich die Aeußerungen Mussolinis ungemein. Und so sehr dies deutschnationale Blatt sonst ins Horn stößt, wenn derselbe Mussolini Unfreundlichkeiten gegen Deutschland sagt, als Wahlhelfer für die Deutschnationalen ist der Bedrücker der deutschen Südtiroler offenbar willkommen. Wir sind der Meinung, daß Deutschland die Ratschläge des Duce entbehren kann und daß es würdelos ist, solche von ihm entgegenzunehmen.

Das Budget des Internationalen Arbeitsamts.

Unter 16 neuen Posten zwei für Deutsche.

)(**Genf,** 4. April. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat das Budget der internationalen Arbeitsorganisation für 1929 mit rund 8 490 000 Goldfranken, bei Stimmenthaltung der Unternehmergruppe und des indischen Regierungsvertreters angenommen. Trotz vorheriger Streichungen des Budgetausschusses in Höhe von 187 600 Franken bedeutet dieser Betrag eine Erhöhung des Budgets um 528 000 Franken gegenüber dem laufenden Rechnungsjahr und von 789 000 Franken gegenüber dem Vorjahre. 212 000 Franken des Mehrbetrages sind für die Schaffung von 16 neuen Posten bestimmt, darunter für die Errichtung eines Abteilungs-Chefs für Finanz- und Personalfragen, für dessen Besetzung gutem Vernehmen nach eine deutsche Persönlichkeit in Frage kommt. Desgleichen wird für die Besetzung eines der neu zu schaffenden mittleren Posten an einen Deutschen gedacht. Die Unternehmergruppe ließ durch ihr deutsches Mitglied, Kommerzienrat Vogel, erklären, daß sie sich der Stimme enthalte, ohne damit irgend eine Kritik an der Arbeit des Amtes ausüben zu wollen. Sie wolle damit lediglich den Grundsatz der Sparsamkeit betonen, der heute für alle Staaten bei Aufstellung ihrer Haushalte maßgebend sei. Jouhaux-Frankreich wies demgegenüber im Namen der Arbeitergruppe auf die Geringfügigkeit der Mehrbelastung hin, die die verlangte Erhöhung in Bezug auf die Haushalte der einzelnen Länder ausmache und stellte die jährlichen Militärausgaben der einzelnen Staaten ihren Beiträgen zum Arbeitsamt gegenüber.

Schließlich wurden noch einige Schlußpunkte der Tagesordnung, darunter die Frage der Zusammenarbeit des Arbeitsamtes mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes in einigen wirtschaftlichen Fragen, erledigt.

Das englische Revisionsbegehren zum Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag.

:: **Genf,** 28. April. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat heute nachmittag dem Antrag der englischen Regierung auf abermalige Vertagung ihres Revisionsbegehrens zum Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zugestimmt.

Gerichtliches Nachspiel des „Neuköllner Kulturstreits".

Strafantrag des katholischen Pfarrers Metzner.

Berlin, 29. April. Der „Neuköllner Kulturstreit", der bekanntlich eine große Erregung in der katholischen Einwohnerschaft Groß-Berlins hervorgerufen hat, wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Bekanntlich hatte der kommunistische Stadtrat Dr. Schminke vom Bezirksamt Neukölln den Geistlichen das Betreten des Britzer Krankenhauses und Einsichtnahme in die Krankenlisten untersagt, da die Geistlichen lediglich Privatpersonen seien. Der Neuköllner Stadtverordnete Treffert hatte dies zum Gegenstand einer Aussprache in der Bezirksversammlung am 8. März d. Js. gemacht und auf das Verfassungswidrige dieser Anordnung des Stadtrates Schminke hingewiesen. In seiner Erwiderung soll Stadtrat Schminke zur Rechtfertigung seiner Maßnahme geantwortet haben: „Die Pfaffen kommen nur in die Krankenhäuser, um die Kranken zu beeinflussen, sie quälen die Kranken, damit sie der Kirche ihr Vermögen vermachen." In diesem Zusammenhang sprach Dr. Schminke auch davon, daß der katholische Geistliche von Neukölln versucht habe, die Beamten zu bestechen. Der Pfarrer der katholischen St. Eduard-Gemeinde in Neukölln, Dominicus Metzner, auf den diese Behauptung sich beziehen sollte, ersuchte den Stadtrat Schminke vergeblich zur Zurücknahme seiner Behauptung. Nunmehr hat der Pfarrer mit Genehmigung der fürstbischöflichen Delegatur gegen den Stadtrat Schminke Strafantrag wegen öffentlicher Beamtenbeleidigung erstattet. Die Anzeige richtet sich gleichzeitig auch gegen den Redakteur der „Roten Fahne", die sich den Vorwurf der Beamtenbestechung in einem Artikel mit der Ueberschrift „Zehn Pfennig pro Seele" zu eigen gemacht hatte.

Der Charakter des Opfers der Roßbachleute.

◇ **Stettin,** 28. April. In der heutigen Verhandlung werden in der Hauptsache Leumundzeugen für den getöteten Schmidt vernommen. Die Zeugin Ehlenfeld, eine Verwandte des Schmidt, sagt aus, daß ihr Pflegling etwas leichtsinnig gewesen und auch wegen Diebstahls vorbestraft sei. Das gleiche bekunden die Zeuginnen Tilmann, Haarmann und Palm, bei denen Schmidt mehrmals gewohnt hatte. Zeuge Weber, früher Hotelbesitzer in Torgelow, hatte den Schmidt kurze Zeit als Hausdiener angestellt. Er sagte aus, daß er ihn entlassen mußte, weil er des öfteren Einbrüche in seinen Cognac-Keller ausführte. Die Zeugin Jablowski bestätigte die verbrecherischen Neigungen des Schmidt, der auch ihren Sohn zu Einbrüchen verleitete. Die weitere Vernehmung dieser Zeugin ergibt, daß Schmidt auch verschiedentlich seinen Wohnort wechselte, ohne sich polizeilich an- und abzumelden, sodaß die Vermutung auftauchte, er habe dies zur Verschleierung weiterer Taten getan. Die Verhandlung wird auf Dienstag 10 Uhr vertagt. Vielleicht wird dann schon der Oberstaatsanwalt Saß mit seiner Anklagerede beginnen. Das Urteil ist Ende der Woche zu erwarten.

Das Verfahren gegen Dietz und Goldmann.

Das seit geraumer Zeit beim Reichsgericht schwebende Verfahren gegen den Studienassessor a. D. Dietz und den Studiendirektor Dr. Goldmann wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Das Reichsgericht hat das Hauptverfahren eröffnet, zugleich aber die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte angeordnet. Das Verfahren, das ursprünglich den Angeschuldigten Verletzung des Paragraphen 1 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zur Last legt, nach dem mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft werden soll, wer vorsätzlich im Interesse der Landesverteidigung geheim zu haltende Nachrichten an eine ausländische Regierung gelangen läßt, wird jetzt nur noch geführt wegen Paragraph 6 desselben Gesetzes. Nach diesem ist strafbar eine Person, die Beziehungen zu einem Vertreter einer ausländischen Regierung anknüpft, welche die Mitteilung von solchen geheim zu haltenden Nachrichten zum Gegenstand haben. Dieses Delikt ist lediglich mit Gefängnis bis einen Tag hinunter bedroht. Wie man sieht, ist aus der mit erheblichem Lärm ins Werk gesetzten Haupt- und Staatsaffäre eine sehr kleine Angelegenheit geworden, und die vielmonatige Untersuchungshaft, die die beiden Angeschuldigten erlitten haben, wird durch die Schwere ihres Vergehens kaum begründet. Wie man sich noch erinnert, war Dietz ein wichtiger Zeuge in dem Verfahren wegen Hochverrats gegen Justizrat Claß gewesen, fiel aber infolge des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens auf.

Rotfrontkämpfer überfallen Nationalsozialisten.

× **Essen,** 29. April. Gestern nacht wurden zwei Nationalsozialisten von etwa 20 Rotfrontleuten ohne jeglichen Grund mit Stöcken auf den Kopf geschlagen. Die Mißhandelten flüchteten in eine Wirtschaft, von der aus ein Polizeirevier um Entsendung von Beamten gebeten wurde. Ein Polizeibeamter in Zivil ging dann mit den beiden Nationalsozialisten zur Polizeiwache behufs weiterer Aufklärung der Angelegenheit. Unterwegs wurden der Beamte und die beiden Nationalsozialisten wiederum von mehreren Rotfrontleuten angegriffen. Der Polizeibeamte legitimierte sich und zog seine Pistole aus der Tasche, die ihm aber sofort von einem der Angreifer aus der Hand geschlagen wurde. Dieser nahm die Pistole an sich und gab einen Schuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Die übrigen Rotfrontleute schlugen weiter auf den Beamten ein und brachten ihm drei Messerstiche in den Kopf bei. Der Polizeibeamte sowie beide Nationalsozialisten retteten sich schließlich durch die Flucht. Etwa 45 Minuten später wurde das Ueberfallkommando zu der erwähnten Wirtschaft gerufen, wo von Rotfrontleuten auf Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sieben Schüsse abgegeben worden waren. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer, und mehrere durch Stockschläge leichter verletzt. Einer der Verletzten, der einen schweren Halsschuß erlitt, erlag kurz darauf seinen Verletzungen.

Heinrich Federer †.

× **Zürich,** 29. April. An den Folgen einer Blinddarmentzündung ist heute morgen hier im Alter von 61 Jahren der Dichter Heinrich Federer gestorben.

★

Heinrich Federer wurde am 7. 10. 1866 in Brienz (Kanton Bern) geboren. Er studierte in der Schweiz und auch in Bayern Theologie, wurde zum Priester geweiht und dann Kaplan in Jonschwil (Kt. St. Gallen). Jedoch wurde er später, infolge eines Asthma-Leidens gezwungen, die Ausübung seines geistlichen Berufes aufzugeben. Er wandte sich nunmehr erfolgreich der Schriftstellerei zu. Seine Bücher erhielten fast ausnahmslos große Auflagen, die größte von 100 Tausend, die 1913 erschienene Erzählung „Sisto et Sesto". Von seinen übrigen Werken seien erwähnt: „Der heilige Franz von Assisi", 2. A. 1917, „Bachweiler Geschichten" 1911, „Berge und Menschen" 1911, „Pilatus" Erzählung 1912, „Das Mätteliseppi" 1916, „Das letzte Stündlein des Papstes" 1914, „Patria!" 1916, „Gebt mir meine Wildnis wieder!" 1917, „Der Fürchtemacher" 1918, „Das Wunder in Holzschuhen" 1918.

Einer der hervorragendsten katholischen Schriftsteller ist mit Heinrich Federer aus dem Diesseits geschieden.

Letzte Meldungen.

Die Ehrung der Flieger in Newyork.

:: **New-York,** 29. April. Unter Massenandrang und in Begleitung von Polizeieskorten besuchten die Bremenflieger heute vormittag den Gottesdienst, und zwar begaben sich Hauptmann Köhl und Fitzmaurice in die katholische Patrikskirche, während von Hünefeld an dem Gottesdienst in St. Peter teilnahm. Von Hühnefeld unterhielt sich dort längere Zeit mit den Sonntagsschulkindern. Die Schulbehörde nimmt an der morgigen Feier in der City Hall mit einem Massenchor von 10 000 Schulkindern teil; sie sieht jedoch von einem Schulfeiertag ab, um eine weitere Steigerung des Riesenandranges zu vermeiden. Das Rote Kreuz hat bereits im Innern der Stadt 11 Stationen für erste Hilfe errichtet. Unmittelbar nach der morgigen Aussprache des Bürgermeisters Walker in der City Hall werden den Bremenfliegern drei goldene Erinnerungsmedaillen überreicht werden. Am heutigen Sonntag herrscht in der Fifth Avenue festliches Gedränge. Das Ritz-Carlton-Hotel wird von großen Menschenmengen umlagert. Neben Dekorationen und zahlreichen Inschriften in deutscher Sprache leuchten auf einem Filmtheater auf dem Times-Square in riesigen Lettern aus elektrischen Lampen deutsche und englische Willkommensworte.

Die Sonntagsblätter bringen vielseitige Berichte über den gestrigen Empfang der Bremenflieger. Eine riesige Menschenmenge hatte sich am Bahnhofsgebäude versammelt. Im Innern der Empfangshalle waren allein 10 000 zusammengedrängt. Viele kletterten auf die hohen Stahlpfeiler und Treppengeländer hinauf. Die 18 Empfangsautos fuhren durch die 34. Straße und die 5. Avenue durch eine doppelte Polizeipostenkette zum Ritz-Carlton-Hotel. Die Polizei mußte immer wieder die jauchzende Menge zurückdrängen. Aller Verkehr ruhte, während die Empfangsautos unter lautem Jubel und Konfettiregen von einer Polizeieskorte begleitet, zum Hotel fuhren. In und um dem Hotel herrschte ebenfalls Riesengedränge, wo viele auf die Dekorationen und Palmenköpfe stiegen, um besser sehen zu können. In einem gestrigen Interview erklärte Fitzmaurice auf eine Frage, er glaube an baldige Eröffnung des regelmäßigen Flugdienstes zwischen Amerika und Europa, der nicht mehr ein technisches, sondern nur ein organisatorisches Problem sei. Bürgermeister Walker, der niemals von der Seite der Flieger ließ, warf die Frage ein, ob die Flieger jemals an ihrem Erfolg gezweifelt hätten, was sie verneinten.

★

Luftmord.

÷ **Opladen,** 29. April. Einem entsetzlichen Luftmord fiel gestern morgen im Orte Dürscheid die neunjährige Helene Lange zum Opfer. Das Kind hatte morgens die elterliche Wohnung verlassen, um sich zur Schule zu begeben. Es mußte dabei einen Waldweg benutzen. Das Kind wurde in einem Tannendickicht als Leiche aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der 28 Jahre alte Arbeiter Karl Thommasen verhaftet, der die Tat bereits eingestanden hat.

Bootsunglück auf dem Wannsee.

+ **Berlin,** 29. April. Auf dem Wannsee in der Nähe des Havelecks wurde heute mittag ein mit drei Personen besetztes Segelboot von einem Dampfer gerammt. Hierbei ging das Segelboot unter, und die Insassen, Legationsrat von Twardowski von der Presseabteilung der Reichsregierung und die beiden anderen Herren stürzten ins Wasser. Sie wurden von einem Motorboot aufgenommen. Die Verunglückten haben keine Verletzungen erlitten.

Ein Flug Berlin—Paris in 5¼ Stunden.

◇ **Paris,** 29. April. Ein deutsches dreimotoriges Flugzeug ist mit 11 Passagieren an Bord heute nachmittag 17,15 Uhr in Le Bourget eingetroffen. Es hat die Strecke Berlin—Paris (1000 Km.) in 5 Stunden 15 Minuten, d. h. mit einer mittleren Geschwindigkeit von 190 Km., ohne Zwischenlandung zurückgelegt. Köln wurde um 14,40 Uhr überflogen.